

Putinismus und "konservative Modernisierung" : Russland 20 Jahre nach den ersten freien Wahlen

Autor(en): **Berger, Roman**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **105 (2011)**

Heft 12

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390299>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Russlands Zustand ist schlimmer, als ich mir vorgestellt habe». Zu dieser Einschätzung kommt die bekannte Moskauer Politologin Tatjana Vorosheikina, nachdem sie und ihre Familie demütigende Erfahrungen mit dem staatlichen Gesundheitssystem machen mussten. Eine lebensbedrohende Krankheit ihres Mannes, des Historikers Igor Doluzki, machte seine Einlieferung in ein berühmtes Moskauer Spital notwendig. Dafür habe die Familie eine hohe Summe Schmiergeld bezahlen müssen, berichtet Vorosheikina, ein Vorgang, den heute in Russland niemanden mehr überrascht. Bedenklicher war, was die Angehörigen während des mehrmonatigen Aufenthaltes des Patienten in der Klinik erleben mussten: In dem für hochqualifizierte Medizin bekannten, bestens ausgerüsteten Spital seien Diagnosen gestellt worden, die sich während eines späteren Rehabilitationsaufenthalts des Patienten in Deutschland als Fehldiagnosen erwiesen hätten. Die Ärzte in Moskau hätten zum Beispiel einen Herzinfarkt diagnostiziert, der in Wirklichkeit nie stattgefunden habe. Im Todesfall des Patienten, so der schreckliche Verdacht der Familie, hätte sich das Spital auf diese Weise vor allfälligen Klagen besser schützen können.

«In den Händen von reichen, primitiven Menschen»

«Unser Gesundheitssystem hat einen tiefen ethischen und professionellen Zerfall erlitten,» meint die von ihrer Erfahrung stark betroffene Politologin. «Regeln werden nicht mehr eingehalten. Die besten Ärzte sind ausgewandert, geblieben sind karrieresüchtige Kräfte.» Vorosheikinas Fazit: «In meinem Land wurde die Skala der Werte umgestellt. Russland ist in die Hände von sehr reichen, aber ungebildeten, primitiven Menschen ohne Werte gefallen. Sie beherrschen die Machtstrukturen. Es wäre sinnlos, mit meinem Fall vor Gericht zu gehen. Unser Leben besteht aus Demütigung und Erniedrigung.»

Roman Berger

Putinismus und «konservative Modernisierung»

Russland 20 Jahre nach den ersten freien Wahlen

Vor zwanzig Jahren fanden in Russland die ersten Präsidentschaftswahlen in der russischen Geschichte statt. Hoffnungen auf eine Demokratisierung des Landes sind inzwischen bereits mehrere Male enttäuscht worden. Zuerst kam das Chaos und die grenzenlose Bereicherung einiger weniger in den Jelzin-Jahren. Die Putin-Regierung brachte Stabilität, aber dafür grosse Rückschritte in der Demokratie.

Auch der Westen schaut heute vor allem auf das Russland der Mächtigen und Oligarchen. Für Russlands Zukunft entscheidend ist aber, ob sich in der Geschichte dieses Landes erstmals eine zivile Gesellschaft unabhängig von den Machtstrukturen entwickeln kann.

Hoffnung auf Reformen in Russland hatte Alexander Auzan. Der bekannte Wirtschaftsprofessor und mit ihm viele andere setzten auf Präsident Dimitri Medwedew, als er vor zwei Jahren in einem offenen Brief an das russische Volk die Rückständigkeit seines Landes in ungewohnt scharfer Form anprangerte und eine sofortige Modernisierung Russlands forderte. Medwedew berief Auzan 2009 in ein Expertengremium, das Strategien für die Modernisierung des Landes ausarbeiten sollte. Man müsse Medwedew eine Chance geben, meinte Auzan damals. Heute berichtet Auzan ernüchtert über seine Erfahrungen als Berater Medwedews: «Wir fühlten uns wie in einer Festung, in der wir unsere Schlachtpläne entwarfen. Bald mussten wir ganz unerwartet entdecken, dass ausserhalb der Festung uns ein viel stärkerer Gegner erwartete.» Medwedew habe wohl Dutzende von Generälen und zwei Drittel der Gouverneure entlassen, alle Versuche, strukturelle Reformen im Kampf gegen die Korruption oder zur Erneuerung des Gerichtswesens durchzuführen, seien aber gescheitert, bilanziert Auzan.

Mit anderen Worten: Medwedew fehlte das politische Gewicht. Er war nie die treibende Kraft einer Modernisierung, sondern im besten Fall Symbol-

figur einer kleinen Gruppe gewesen, die aber in einem reformfeindlichen Umfeld keine Chance hat. «Russland schläft ein», meint Auzan enttäuscht.

Wie reagiert die neue städtische Mittelschicht?

Das wird nicht geschehen, widerspricht der Politologe Michail Dimitriew. Er verweist auf Veränderungen in der Bevölkerung. Im Unterschied zu 2000, als Putin an die Macht kam und die Bevölkerung froh war, jeden Tag etwas auf den Tisch zu bekommen, sei eine städtische Mittelschicht entstanden. Laut dem russischen Wirtschaftsministerium gehören ihr 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung an. Sie verfügen über ein monatliches Einkommen von mindestens 1000 Dollar, haben ein Auto, eine Wohnung und ein Sparkonto. Es sind Menschen, die sich weder arm noch reich fühlen, aber einen zuverlässigen Staat sowie die Garantie von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten haben wollen.

Dank dem Internet, das in keinem anderen europäischen Land so rasch gewachsen ist wie in Russland, entsteht ein öffentlicher Raum mit zahlreichen BloggerInnen, die als Ventil für zornige Proteste gegen Korruption, Straflosigkeit und soziale Ungleichheit dienen. Diese neue soziale Schicht, so Dimitriew, steht der Führung mehrheitlich immer noch loyal gegenüber, sie ist aber zunehmend frustriert über die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten in der von Korruption und Nepotismus verstopften Wirtschaft und Bürokratie. Gleichzeitig fühlt sich die städtische Mittelschicht politisch von keiner Partei vertreten. Für Michail Dimitriew entsteht hier der Kern einer neuen Opposition, «ein politischer Zünder, der nicht mehr abgeschraubt werden kann». Und Leonid Gozman, eine führende Stimme der nicht mehr im Parlament vertretenen liberalkonservativen Partei «Rechte Sache», prognostiziert sogar: «Russland steht vor der Wahl zwischen einer neuen blutigen Revolu-



Einkaufen in den neunziger Jahren (Foto Wladimir Wjatkin, aus Roman Bergers Buch «Russland hinter den Schlagzeilen», Zürich 2001

tion und einem friedlichen Weg mit Reformen.»

Mascha Lipman vom Moskauer Carnegie Zentrum warnt davor, die russische Gesellschaft zu stark durch die westliche Brille zu sehen. «In der Mitte der Gesellschaft, wo nach westlichen Vorstellungen sich eine Mittelklasse bilden sollte, ist in Russland eine amorphe, politikverdrossene und nicht vernetzte Masse entstanden, die wohl konsumieren kann aber nicht auf eigenen Füßen steht.» Viele arbeiten im Rohstoffsektor, in der Finanzbranche, in Monopolbetrieben wie der Eisenbahn oder der Stromversorgung, wo Staatsfirmen dominieren.

Bürgerproteste bleiben isoliert

In Wirklichkeit sind nur vier bis fünf Prozent der Bevölkerung (in den grossen Städten gegen neun Prozent) «aktiv»: In einer Elternorganisation, im Sport, Umweltschutz, oder einer Gewerkschaft. In den vergangenen zwei Jahren kam es zwar zu einer wachsenden Zahl von lokalen Protestaktionen. Zum Beispiel gegen den Bau einer Autobahn in einem Naturschutzgebiet in der Nähe von Moskau. Diese und andere Aktionen wurden aber rasch im Keim erstickt, bevor daraus politische Bewegungen entstehen konnten, welche die Regierung hätten herausfordern können. Bürgerproteste haben auch deshalb keine Chance, weil sie ohne unabhängige Medien und Gerichte isoliert bleiben.

Eine radikale, aber kaum beachtete Form des Protestes ist die Emigration. Laut Umfragen sind überraschend viele Jugendliche und Personen mit höherer Bildung bereit, auszuwandern und sich dem bereits im Ausland lebenden Heer der russischen Wissenschaftler und Techniker anzuschliessen. Ersetzt werden sie durch unqualifizierte Einwanderer aus Zentralasien oder dem Südkaukasus, sofern sie durch die wachsende Ausländerfeindlichkeit nicht abgeschreckt werden.

Zynismus ist weit verbreitet

In Russland findet ein widersprüchlicher Prozess statt. 1991 hätten mit dem Ende der Sowjetunion Planwirtschaft und Diktatur der Marktwirtschaft und der Demokratie Platz machen müssen. In Wirklichkeit, so beobachtet Lew Gudkow, habe in den vergangenen zehn Jahren ein beunruhigender Wertezerfall stattgefunden. Für den Direktor des unabhängigen Forschungszentrums Lewada ist das wichtigste Symptom dieses Wertezerfalls ein rasch sich ausbreitender Zynismus. In diesem Zynismus seien Macht und Volk vereint. Ausdruck davon ist Putins ungeschriebener Pakt mit der Gesellschaft: «Ich lasse euch in Ruhe und garantiere Stabilität. Ihr macht kei-



ne Politik und lässt mich in Ruhe.» Mit dieser Abmachung einverstanden ist eine grosse Mehrheit der russischen Bevölkerung. Sie lebt tendenziell auf dem Dorf oder in Kleinstädten, sie hat eine schlechte Ausbildung und ist wenig mobil. Auf diese Menschen, deren Mentalität in der Zeit der Sowjetunion stecken geblieben ist, stützt sich Putins Herrschaft.

Anderes Demokratieverständnis

Auch der angekündigte Ämtertausch Medwedew - Putin, den sogar die unpolitische Moskauer Boulevardzeitung MK als «blanken Zynismus» kritisierte, wird

*In einem Moskauer Shoppingcenter 2011
(Foto: Archiv Baer)*

eine grosse Mehrheit der russischen Bevölkerung nicht davon abhalten, bei den Präsidentschaftswahlen im März Putin zu wählen. Sie sehen die Wahlen als eine Bestätigung des Gesellschaftsvertrages, der auch mit ihrem Demokratieverständnis nicht in Widerspruch steht. Demokratie heisst für eine Mehrheit der Menschen in Russland in erster Linie soziale Sicherheit und Stabilität. Wer das als Politiker garantieren kann, gilt als legitim und demokratisch. Und Putin hat das geschafft, zumindest bis 2008.

Und jetzt wird Russlands starker Mann auch offiziell wieder Chef im Kreml. Aber auch Putin hat kein Konzept, wie die gravierenden strukturellen Probleme des Landes zu lösen sind: Die Industrie und öffentliche Infrastruktur zerfallen, weil in den letzten zwanzig Jahren Investitionen weit unter dem notwendigen Niveau geblieben sind. Der Bevölkerungsschwund wird sich spürbar auf den Arbeitsmarkt auswirken. Das Bildungs- und Gesundheitssystem sind korrupt und zerfallen. Die russische Führung hat Mühe, weite Teile Russlands unter Kontrolle zu halten. Das trifft vor allem auf den Nordkaukasus und den Fernen Osten zu, der dünn besiedelt und unterentwickelt ist.

Gerade weil Russland so instabil ist, sind das Militär und die Geheimdienste daran interessiert, dass der im Volk populäre Putin auch formell das Steuer wieder in die Hand nimmt. Sein wichtigster Auftrag: den Prozess des langsamen Zerfalls verwalten und mit allen Mitteln einen plötzlichen Absturz verhindern, was eine politische Krise mit unkontrollierbaren Folgen auslösen könnte.

Machterhaltung statt Modernisierung
Aber gerade davor warnt der langjährige und inzwischen entlassene Finanzminister Alexei Kudrin. Er vergleicht Russlands Budget mit einem sinkenden Schiff. Seine Rechnung lautet so: Mit

einem Ölpreis von 50 Dollar war vor fünf Jahren ein ausgeglichenes Budget möglich, 2011 waren dazu bereits 115 Dollar und 2012 werden 125 Dollar notwendig sein. Russland bleibe so Geisel einer auf Ölexport orientierten Wirtschaft, die kein Wachstum mehr schaffe und bald zu Ende gehe. Gleichzeitig könne es sich Russland mit seiner veralteten Infrastruktur und unterentwickelten Technologie nicht leisten, dass ein ständig wachsender Anteil des Haushaltes für Renten, das Militärbudget und die Unterstützung nicht mehr rentabler staatlicher Betriebe verpuffe. Aber gerade diese Bevölkerungsschichten, das Heer der Pensionierten, die Streitkräfte und Angestellten der Staatsbetriebe, repräsentieren Putins «Volk», das er nicht im Stich lassen kann. Wenn es in Russland ein Protestpotenzial gibt, das für das Regime gefährlich werden könnte, dann ist es paradoxerweise Putins eigene Klientel. Oder anders formuliert: Die Machterhaltung des Systems Putin blockiert eine echte Modernisierung des Landes.

Putin kehrt an die Macht zurück, um den «Putinismus» zu stabilisieren. Dieses System zeichnet sich durch eine enge Verflechtung von politischer und wirtschaftlicher Macht aus. Im Zentrum stehen Putin und sein Clan. Bis heute hat Putin die Behauptung des russischen Politologen Stanislaw Belkowski nicht dementiert, dass er selbst dank des von ihm aufgebauten Systems Milliardär geworden sei. Dennoch muss sich Russland modernisieren. Was in Putins Russland an Veränderungen möglich ist, dafür hat Putins Partei «Geeintes Russland» den Begriff der «konservativen Modernisierung» erfunden. Kern dieser Theorie ist die Vorstellung, man könne Russland modernisieren, ohne dabei die politische Macht und das Eigentum der herrschenden Clique anzutasten. Jede Modernisierung Russlands wird sich deshalb nur auf die Infrastruktur und die technologische Entwicklung beschränken.

Der Westen hat sich getäuscht

Der Rollentausch in Moskau hat auch den Westen wieder auf den Boden der Realität geholt. Im ruhigen und liberal wirkenden Medwedew hatte er in den vergangenen vier Jahren einen Hoffnungsträger für eine echte Modernisierung gesehen. Dieser Traum ist ausgeblüht. Putin kehrt nicht nur in den Kreml zurück, er kann – dank einer von Medwedew durchgeführten Verfassungsänderung – bis 2024 im Kreml bleiben.

Eine ernüchternde Perspektive für den Westen, der vor zwanzig Jahren überzeugt war, mit dem Untergang der kommunistischen Herrschaft seien Demokratie und Marktwirtschaft die einzige Alternative. Die Tatsachen in der Nachfolgeneration der Sowjetunion sehen aber anders aus: Die «Westler» sind eine Randgruppe geblieben. Ihre demokratischen Ideale sind durch die Einführung eines wilden Kapitalismus in den neunziger Jahren bis heute diskreditiert. Nicht nur Putin, sondern eine grosse Mehrheit der Russen, sehen im Westen keine Alternative. Sie sind mit Putin einverstanden: Russland braucht einen «eigenen Weg» zur Demokratie.

Wo das «andere Russland» existiert

Diese Tatsachen muss der Westen zur Kenntnis nehmen. Das heisst aber nicht, Russland wie zur Zeit des Kalten Krieges wiederum nur in schwarz - weiss zu sehen. Ein Beispiel: Radio Echo Moskau, eine der wenigen Inseln der Pressefreiheit in Russland, berichtete über die schwere Erkrankung von Tatjana Vorosheikinas Mann, der als bekannter Historiker oft am Radio gesprochen hatte. Aus dem ganzen Land hat die Familie Spenden für die hohen Spitalkosten erhalten. «Die eindruckliche Welle der Solidarität, die uns zur Zeit der Sowjetunion überleben half, zeigte uns, dass dieses andere Russland auch heute noch existiert. Das gibt mir Hoffnung,» meint Tatjana Vorosheikina. Sie weiss, dass dieses «andere Russland» in jeder russischen

Stadt anzutreffen ist, wo kleine Gruppen oft unter grossen Schwierigkeiten sich für Projekte engagieren, weil sie überzeugt sind, dass auch für sie einmal die «Stunde X» kommen wird.

Dennoch bleibt Vorosheikina realistisch. Sie zweifelt, ob sie den Durchbruch dieses «anderen Russlands» noch erleben werde. Als Politologin kennt sie Russlands Geschichte. Zweimal im 20.



Medwedjew und Putin (Foto: star-mind.com).

Jahrhundert wurde der russische Staat erschüttert: zu Beginn des Jahrhunderts, als das Zarenreich kollabierte und am Ende, als die Sowjetunion zerfiel. Beide Male hatte die Gesellschaft keine Möglichkeit, sich zu emanzipieren. Beide Male konnte sich die traditionelle Staatsherrschaft wieder etablieren.

Die gigantische Herausforderung der russischen Gesellschaft formuliert Tatjana Vorosheikina so: «Kann sich erstmals in der Geschichte meines Landes eine zivile Gesellschaft unabhängig von den Machtstrukturen entwickeln? Gibt es in der Gesellschaft eine Basis, die für eine sozialpolitische Veränderung einsteht, die eine Demokratie möglich macht? Oder enden wir erneut in einer Sackgasse?»

Roman Berger war 1991–2001 Moskau-Korrespondent des «Tages Anzeigers». Er berichtet weiterhin regelmässig über Russland in verschiedenen Schweizer und internationalen Medien. Berger ist Mitglied des Branchenverbandes Presse und elektronische Medien der Gewerkschaft syndicom (roman-berger@bluwin.ch).